

## Inhaltsverzeichnis

<b>Leitanträge</b>	<b>4</b>
<b>L-01</b>	<b>Bezirksvorstand</b>
Zusammenhalt und Fortschritt	
<i>Rücküberweisung an den Bezirksvorstand</i> . . . . .	4
<b>Arbeitspolitik</b>	<b>4</b>
<b>A-01</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>
Rente als Lebensstandardsicherung	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .	4
<b>A-02</b>	<b>SPD-Unterbezirk Region Hannover</b>
Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt!	
<i>Annahme</i> . . . . .	6
<b>A-03</b>	<b>SPD-Unterbezirk Region Hannover</b>
Entgeltgleichheitsgesetz – jetzt!	
<i>Annahme</i> . . . . .	6
<b>A-04</b>	<b>SPD-Ortsverein Vahrenwald-List</b>
Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern	
<i>Annahme</i> . . . . .	7
<b>A-05</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>
Mitbestimmung	
<i>Annahme</i> . . . . .	8
<b>A-07</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>
Arbeits- und sozialpolitisches Profil der SPD	
<i>Überweisung an den Bezirksvorstand</i> . . . . .	8
<b>A-08</b>	<b>SPDqueer Bezirk Hannover</b>
Ende der Diskriminierung Langzeitarbeitsloser im Mindestlohn	
<i>Annahme</i> . . . . .	9
<b>Bildungspolitik</b>	<b>9</b>
<b>B-01</b>	<b>SPD-Unterbezirk Schaumburg</b>
Frühkindliche Bildung	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	9
<b>B-02</b>	<b>SPD-Unterbezirk Schaumburg</b>
Weiter auf dem Weg zur guten Schule	
<i>Überweisung an SPD-Landtagsfraktion</i> . . . . .	10
<b>B-03</b>	<b>AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover</b>
Werte und Normen ab der ersten Klasse	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .	10
<b>B-04</b>	<b>SPD-Unterbezirk Hildesheim</b>
Für eine stabile und ausreichende Finanzierung des zweiten Bildungsweges	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .	11
<b>Finanzpolitik</b>	<b>11</b>
<b>F-01</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>
Finanztransaktionssteuer	
<i>Überweisung an den Bezirksvorstand</i> . . . . .	11
<b>F-02</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>
Schuldenbremse	
<i>Überweisung an den Bezirksvorstand</i> . . . . .	11

<b>F-03</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>	
Steuergerechtigkeit		
<i>Überweisung an den Bezirksvorstand</i> . . . . .		12
<b>F-04</b>	<b>SPD-Unterbezirk Diepholz</b>	
Wiedereinführung der Vermögensteuer		
<i>Überweisung an den Bezirksvorstand</i> . . . . .		12
<b>Gesundheit und Soziales</b>		<b>12</b>
<b>GS-02</b>	<b>SPD-Unterbezirk Diepholz</b>	
Kostenfreiheit der Ausbildung in den therapeutischen Berufen		
<i>Annahme</i> . . . . .		12
<b>GS-03</b>	<b>SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg</b>	
Mehr kassenärztliche Zulassungen für Psychotherapeut*innen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		13
<b>GS-04</b>	<b>SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg</b>	
Lebensmittellampel einführen		
<i>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</i> . . . . .		13
<b>GS-05</b>	<b>SPD-Unterbezirk Celle</b>	
Defibrillatoren im öffentlichen Raum		
<i>Annahme</i> . . . . .		13
<b>Gesellschaft</b>		<b>14</b>
<b>Ge-01</b>	<b>AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover</b>	
Wildtierhandel und Exotenhaltung sollen verboten werden		
<i>Weiterleitung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion</i> . . . . .		14
<b>Ge-03</b>	<b>AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover</b>	
Förderung tierversuchsfreier Medizin		
<i>Annahme</i> . . . . .		14
<b>Ge-04</b>	<b>AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover</b>	
Haltungsvorschrift für Mastkaninchen		
<i>Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion</i> . . . . .		14
<b>Ge-05</b>	<b>AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover</b>	
Artgerechte Haltung von Schweinen		
<i>Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion</i> . . . . .		14
<b>Ge-06</b>	<b>AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover</b>	
Ablösung von Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften		
<i>Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion</i> . . . . .		16
<b>Ge-07</b>	<b>SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg</b>	
Pelz auch als solchen einfach erkennbar kennzeichnen und bei den Hersteller entsprechende Kontrollen durchführen		
<i>Annahme</i> . . . . .		16
<b>Ge-09</b>	<b>SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg</b>	
Kinderfreundliche Infrastruktur jenseits von Geschlechterstereotypen		
<i>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</i> . . . . .		16
<b>Ge-10</b>	<b>SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg</b>	
Einführung eines zusätzlichen gesetzlichen Feiertages für Niedersachsen		
<i>Annahme in der geänderten Fassung der Antragsteller</i> . . . . .		17
<b>Ge-11</b>	<b>SPD-Unterbezirk Region Hannover</b>	
Gebührenfreier Kirchenaustritt		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		17
<b>Organisationsfragen</b>		<b>17</b>

<b>O-01</b>	<b>SPD-Unterbezirk Hildesheim</b>	
Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!		
<i>Begleitbeschluss</i> . . . . .		17
<b>Rechts- und Innenpolitik</b>		<b>18</b>
<b>R-01</b>	<b>SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg</b>	
Aufstockung des polizeilichen Personals zur verstärkten Überwachung des fließenden Verkehrs		
<i>Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion</i> . . . . .		18
<b>Umweltpolitik</b>		<b>18</b>
<b>U-01</b>	<b>SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg</b>	
Altlastensanierungsfonds schaffen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		18
<b>Wirtschaftspolitik</b>		<b>19</b>
<b>W-01</b>	<b>SPD-Unterbezirk Schaumburg</b>	
Trassenneubau ablehnen – Engpassbeseitigung realisieren		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		19
<b>W-02</b>	<b>SPD-Unterbezirk Region Hannover</b>	
Technologischen Wandel sozial gestalten		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		19
<b>W-03</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>	
Öffentliche länderbezogene Berichterstattung (public country by country reporting)		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		20
<b>W-04</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>	
Daseinsvorsorge – keine Privatisierung der Autobahnen		
<i>Annahme</i> . . . . .		21
<b>W-05</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>	
Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		21
<b>W-06</b>	<b>AfA SPD-Bezirk Hannover</b>	
Aufgaben aus der kommenden E-Mobilität auf kommunaler Ebene		
<i>Annahme</i> . . . . .		22
<b>Initiativanträge</b>		<b>22</b>
<b>ini-01</b>	<b>SPD-Unterbezirk Hildesheim</b>	
Bafög-Zahlungen verlängern – Studienabschluss nicht gefährden		
<i>Überweisung an die SPD-Delegation zum Bundesparteitag</i> . . . . .		22
<b>ini-02</b>	<b>Jusos Bezirk Hannover</b>	
Gelebter Feminismus – auch auf Parteitag		
<i>Begleitbeschluss</i> . . . . .		22
<b>ini-03</b>	<b>Jusos Bezirk Hannover</b>	
Gelebter Feminismus		
<i>Begleitbeschluss</i> . . . . .		23
<b>ini-06</b>	<b>Jusos Bezirk Hannover</b>	
ZITiS in die Schranken weisen		
<i>Überweisung an den Bezirksvorstand</i> . . . . .		23

## Leitanträge

- 1 **L-01**  
 2 **Bezirksvorstand**  
 3  
 4  
 5 **Zusammenhalt und Fortschritt**  
 6 Der Antrag wird zur weiteren Beratung an eine Arbeits-  
 7 gruppe des Bezirksvorstandes überwiesen, die zeitnah  
 8 ein Positionspapier erarbeiten soll.

Rücküberweisung an den Bezirksvorstand

## Arbeitspolitik

- 9 **A-01**  
 10 **AfA SPD-Bezirk Hannover**  
 11 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 12  
 13  
 14 **Rente als Lebensstandardsicherung**  
 15 **Wir schaffen neues Vertrauen in die gesetzliche Rente**  
 16 **– Ein neuer Generationenvertrag: den Wert der Arbeit**  
 17 **und die Würde im Alter sichern**  
 18 Die SPD setzt sich für eine umlagefinanzierte, solida-  
 19 rische gesetzlichen Rente (GRV) als Hauptsäule der Al-  
 20 tersvorsorge ein, die den Lebensstandard sichert und  
 21 nicht zur Grundsicherung verkommt.  
 22 Eine lebensstandardsichernde Rente ist für die sozia-  
 23 le Sicherheit und das Vertrauen in den Sozialstaat  
 24 von grundlegender Bedeutung. Die Rentenpolitik und  
 25 künftige Alterseinkommen beschäftigen alte und junge  
 26 Menschen gleichermaßen. Gerade die Alterssicherung  
 27 muss sich, wie die anderen sozialen Sicherungssysteme,  
 28 immer wieder an wandelnde Verhältnisse anpassen  
 29 und dabei für alle Generationen verlässlich bleiben.  
 30 Wir wollen die Würde im Alter durch verlässliche Leis-  
 31 tungen sichern, ohne die Entwicklungschancen der Jün-  
 32 geren durch zu hohe Beiträge zu beschränken.  
 33 Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag und ei-  
 34 nen gesellschaftlichen Konsens über die Anstrengun-  
 35 gen, die für eine Stabilisierung des Rentensystems not-  
 36 wendig sind. Deshalb ist unser Ziel, die Rentenversiche-  
 37 rung zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle wei-  
 38 terzuentwickeln. Auf dem Weg dahin wollen wir vor al-  
 39 lem Selbstständige stärker in die Rentenversicherung  
 40 einbeziehen.  
 41 In der Alterssicherung gilt für uns weiterhin der Grund-  
 42 satz, dass jahrzehntelange Arbeit auch ein angemese-  
 43 nes Leben im Alter ermöglicht. Es geht um einen  
 44 der wichtigsten Werte in unserer sozialen Marktwirt-  
 45 schaft: den Wert der Arbeit. Dass Arbeitsleistung im Al-  
 46 ter erkennbar bleibt und sozialer Abstieg und harte Ein-  
 47 schnitte vermieden werden, ist die Grundlage für das  
 48 Vertrauen in die Alterssicherungspolitik.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Zentrale Ziele unserer Alterssicherungspolitik sind des-  
2 halb:
- 3 • **Sicherung** des jahrzehntelang erarbeiteten und ver-  
4 dienten **Lebensstandards** im Rentenalter.
  - 5 • **Keine Anhebung der jetzigen Regelaltersgrenze.**  
6 Wir werden dafür sorgen, dass die Regelaltersgren-  
7 ze gesund und leistungsfähig erreicht werden kann.
  - 8 • **Altersarmut verhindern.** Aus jeder Erwerbstätigkeit  
9 muss auch eine Absicherung für das Alter erwach-  
10 sen. Außerdem braucht es gezielte Verbesserungen  
11 für diejenigen, die am Ende eines langen Arbeitsle-  
12 bens keine auskömmliche Rente haben.
  - 13 • Eine **gerechte Finanzierung der Rente.** Höhere Ein-  
14 kommen müssen über Steuerzuschüsse an der soli-  
15 darischen Finanzierung ausreichend beteiligt wer-  
16 den.
- 17 **Das heißt konkret:**
- 18 Wir setzen eine gesetzliche festgelegte doppelte Haltel-  
19 inie bei Beitragssatz und Rentenniveau.
- 20 In einem ersten Schritt wird das weitere Absinken des  
21 Rentenniveaus umgehend gestoppt und bis 2030 min-  
22 destens auf das Niveau von 48 Prozent stabilisiert. Um  
23 Überlastungen von Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgebern  
24 zu vermeiden, wird der gezahlte Beitrag nicht über 22  
25 Prozent steigen.
- 26 Damit wir diese Ziele erreichen müssen folgende um-  
27 fassende Reformen und Investitionen in Angriff genom-  
28 men werden:
- 29 • Um die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frau-  
30 en weiter zu steigern, werden wir die Vereinbar-  
31 keit von Familie und Beruf noch weiter verbes-  
32 sern, unter anderem durch einen flächendecken-  
33 den Ausbau der Ganztags- und Randzeitenbetreu-  
34 ung (auch im Grundschulbereich), familienfreund-  
35 liche Arbeitszeitmodelle im Rahmen einer Wahlar-  
36 beitszeit und den Anspruch auf eine befristete Teil-  
37 zeit. Dadurch leisten wir auch einen Beitrag zu ei-  
38 nem kinderfreundlichen gesellschaftlichen Umfeld  
39 und der Erhöhung der Geburtenrate.
  - 40 • Mit erhöhten Investitionen in Weiterbildung und  
41 Qualifizierung müssen wir kontinuierlich auf neue  
42 Qualifikationsanforderungen und veränderte Fach-  
43 kräftebedarfe reagieren und damit Arbeitslosigkeit  
44 ebenso wie Fachkräftemangel vorbeugen. Dafür  
45 werden wir ein Recht auf Weiterbildung festschrei-  
46 ben, die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsver-  
47 sicherung weiterentwickeln und neue Anreize für  
48 Weiterbildung schaffen, beispielweise durch ein Ar-  
49 beitslosengeld Q während der Qualifizierung sowie  
50 durch ein persönliches Erwerbstätigenkonto, das  
51 Auszeiten zur Weiterbildung ermöglicht und jeder  
52 und jedem ein persönliches Startguthaben bietet.
  - 53 • Um der demografischen Entwicklung entgegenzu-  
54 wirken, einen Fachkräftemangel vorzubeugen und  
55 das Verhältnis von Beitragszahlenden und Renten-  
56 empfängern positiv zu beeinflussen, wird es auch  
57 auf eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen  
58 in den Arbeitsmarkt und systematisch gesteuerte

- 1      Zuwanderung durch ein Zuwanderungsgesetz an-  
2      kommen.  
3      Den Rahmen für diese und andere Maßnah-  
4      men muss dabei eine wachstumsfreundliche  
5      Wirtschafts- und Finanzpolitik setzen, die die not-  
6      wendigen Investitionen ermöglicht. Dazu gehört  
7      vor allem die Nutzung der Chancen, die sich durch  
8      die Digitalisierung ergeben.
- 9      • Mit einer weiteren Stärkung der Tarifbindung, ei-  
10     nem Pakt für anständige Löhne (insbesondere im  
11     Dienstleistungsbereich) und einer Bildungs- und  
12     Qualifizierungsoffensive werden wir die Weichen  
13     für eine gute Lohnentwicklung in der Zukunft stel-  
14     len.
  - 15     • Langjährige Arbeit muss sich auszahlen: die Solid-  
16     arrente.
  - 17     • Erwerbsminderungsrente verbessern.

- 18    **A-02**  
19    **SPD-Unterbezirk Region Hannover**  
20    **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

- 21  
22  
23    **Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt!**  
24    Das Rückkehrrecht von einer Teilzeitbeschäftigung in  
25    die Vollzeitarbeit muss gesetzlich klar geregelt sein.  
26    Die Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion  
27    muss daher mit Nachdruck in die jetzige und künftige  
28    Regierung hineingetragen werden.

**Annahme**

- 29    **A-03**  
30    **SPD-Unterbezirk Region Hannover**  
31    **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

- 32  
33  
34    **Entgeltgleichheitsgesetz – jetzt!**  
35    Die SPD und vor allem die ASF kämpfen schon lange da-  
36    für, dass die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche  
37    Arbeit auch gesetzlich verankert wird. Jedes Jahr wird  
38    erneut der Tag berechnet, an dem der Lohnunterschied  
39    zwischen Frauen und Männern deutlich wird. In diesem  
40    Jahr ist es der 18. März 2017. Durch verschiedene Maß-  
41    nahmen kommen wir diesem Ziel zwar immer näher,  
42    jedoch ist es notwendig und von allen Gewerkschaften  
43    schon lange gefordert, den Equal Pay auf gesetzlicher  
44    Grundlage in Deutschland zu etablieren.  
45    In der neusten Resolution der Bundesarbeitsgemein-  
46    schaften „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ werden dies und  
47    noch mehr explizit gefordert für das kommende SPD-  
48    Regierungsprogramm von 2017 – 2021.  
49    Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt im Bundes-  
50    ministerium für Arbeit und Soziales zwar vor, doch wird  
51    er von der CDU/CSU noch blockiert. Die SPD muss an  
52    dieser Forderung dranbleiben und nicht aufhören, sich  
53    dafür einzusetzen, bis das Gesetz verabschiedet wird.

**Annahme**

1 A-04

2 SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

3 Der Bundesparteitag möge beschließen:

4

5

6 **Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern**

7  
8 Alleinerziehende Eltern, insbesondere die Gruppe der  
9 geschiedenen Mütter, sind in Deutschland finanziell  
10 schlechter gestellt und befinden sich weiterhin  
11 besonders häufig in Einkommensarmut. Diese Benachteiligung  
12 entsteht z.B. durch die eingeschränkte  
13 Möglichkeit zur Förderung der beruflichen Karriere,  
14 insbesondere im Zusammenhang mit der Kindesbetreuung.

15  
16 Deswegen schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen  
17 vor, welche zukünftig ermöglichen sollen, dass beide  
18 Ehepartner\*innen auch nach der Geburt der Kinder Vollzeit  
19 arbeiten können:

20 • Zunächst muss das Ehegattensplitting abgeschafft  
21 werden. Stattdessen soll aus den erhöhten Steuereinnahmen  
22 das Elterngeld erhöht werden, um die Familien unabhängig  
23 vom Verdienst der Ehepartner\*innen zu fördern. Nach dem  
24 Ende des Elterngeldes, werden Eltern über eine gleichberechtigte  
25 Steuerentlastung gefördert, die unabhängig ist von der Art  
26 des Familienmodells.

27  
28 • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige und  
29 kostenlose Kinderbetreuung mit flexiblen Zeiten gesorgt  
30 werden, die es beiden Eltern ermöglicht, mit dem Ende  
31 des Elterngeldes, wieder Vollzeit zu arbeiten. Die gesicherte  
32 Kinderbetreuung sollte deshalb schon vor dem ersten  
33 Lebensjahr beginnen. Kita- und Krippenplätze müssen  
34 deswegen noch weit intensiver ausgebaut werden, als dies  
35 bisher in Planung ist.

36  
37 • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen  
38 Teilen Elternzeit nehmen, sollte dies über das Elterngeld  
39 subventioniert werden. Nur wenn beide Lebenspartner\*innen  
40 nacheinander und gleichviel Elternzeit nehmen, soll dieses  
41 zur vollen Höhe ausgezahlt werden.

42  
43 • Um zu verhindern, dass der Mann, auch in vergleichbaren  
44 Berufen der Besserverdienende ist, und deswegen es finanziell  
45 sinnvoller ist, wenn die Frau Elternzeit nimmt, muss endlich  
46 die Gehaltlücke zwischen den Geschlechtern geschlossen  
47 werden („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“).

48  
49 • Unternehmen die ihre Mitarbeiter\*innen für das beantragen  
50 von Elternzeit benachteiligen, werden sanktioniert. Eine  
51 solche Benachteiligung kann bei einer Behörde durch  
52 Geschädigte angezeigt werden.  
53

Annahme

1 **A-05**  
 2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**  
 3 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

4  
 5

6 **Mitbestimmung**

7 Wir fordern das Herabsetzen des Schwellenwertes für  
 8 die Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat von 500 auf 100  
 9 Arbeitnehmer\*innen.

10 Die SPD setzt sich für den Ausbau der Mitbestimmung  
 11 in hiesigen Betrieben und Verwaltungen ebenso wie in  
 12 internationalen Konzernen sowie für eine stärkere insti-  
 13 tutionalisierte Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen in  
 14 deutschen Unternehmen ein.

**Annahme**

15 **A-07**  
 16 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

17  
 18

19 **Arbeits- und sozialpolitisches Profil der SPD**

20 Die SPD muss ihr arbeits- und sozialpolitisches Pro-  
 21 fil schärfen. Die nachfolgenden Themen müssen mit  
 22 Nachdruck in die jetzige und künftige Regierung  
 23 hineingetragen werden.

24 **Nachhaltiger Erhalt der Sozialversicherungen**

- 25 • Die „Eckrente“ darf nicht zur Grundsicherung ver-  
 26 kommen, sondern muss ein angemessenes Leben  
 27 im Alter ermöglichen
- 28 • Die Mindestrente muss erkennbar über der Grund-  
 29 sicherung liegen
- 30 • Die vollständige Wiederherstellung der Parität in al-  
 31 len Sozialversicherungen
- 32 • Die Krankenversicherung muss für alle sinnvollen  
 33 Maßnahmen aufkommen und darf nicht immer  
 34 mehr Kosten auf die Versicherten übertragen
- 35 • Die Finanzierung muss neben einem angemesse-  
 36 nen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt, auch durch  
 37 das Hinzuziehen möglichst aller Bürger\*innen ver-  
 38 bessert werden

39 **Erhalt tariflich bezahlter Normalbeschäftigung**

- 40 • Die Abkehr von der massenhaften Leih- und Zeitar-  
 41 beit durch eine sehr strenge Reglementierung der  
 42 begründeten Befristung und das Abschaffen der  
 43 sachgrundlosen Befristung.
- 44 • Die Rückkehr aus der Teilzeit als ein Mittel, das Le-  
 45 ben neben der Arbeit zu ermöglichen
- 46 • Die individuelle Möglichkeit zur Weiterbildung für  
 47 jeden Beschäftigten, um auf die Anforderungen der  
 48 modernen Arbeit zu reagieren
- 49 • Die Stärkung der tariflichen Arbeit durch allge-  
 50 meinverbindliche Flächentarifverträge
- 51 • Die Gleichbehandlung und das Prinzip „Gleiches  
 52 Geld für gleiche Arbeit“ muss weitestgehend  
 53 durchgesetzt werden
- 54 • Die Subventionierung von Arbeitsverhältnissen un-  
 55 ter Dumpingbedingungen verhindern, indem wir

**Überweisung an den Bezirksvorstand**



1 den Mindestlohn ausreichend erhöhen  
2 **Steuergerechtigkeit und handlungsfähiger Staat**  
3 • Die tatsächliche und effektive Verfolgung von Steuer-  
4 erflucht und Steuerhinterziehung muss wieder in  
5 den Vordergrund treten  
6 • Die Praxis großer Unternehmen zur Steuervermei-  
7 dung muss wirksam eingeschränkt werden  
8 • Die Erhöhung des Steueraufkommens durch das  
9 Heranziehen sämtliches Einkommens und ggf.  
10 auch Vermögens, um eine gleiche Lastenverteilung  
11 zu erreichen  
12 • Die Lücken in der Gesetzgebung schließen, um  
13 Steuervermeidung zu reduzieren  
14 • Die Steueroasen in- und außerhalb der EU müssen  
15 vom Kapitalfluss getrennt werden  
16 • Die Arbeitnehmer\*innen mit niedrigem Einkom-  
17 men erhalten angemessene Steuerentlastungen  
18 Um die weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhin-  
19 dern, müssen wir die niedrigen Einkommen steuer-  
20 lich und bei Gebühren entlasten. Sie müssen durch ei-  
21 nen höheren Mindestlohn und durch allgemein gelten-  
22 de Tarifverträge unterstützt werden. Langzeitarbeitslo-  
23 se müssen durch Integrationsmaßnahmen und Fortbil-  
24 dung wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Un-  
25 ternehmen sowie große und größte Einkommen müs-  
26 sen sich spürbarer an der Finanzierung staatlicher Auf-  
27 gaben beteiligen.  
28 ---  
29 Der Antrag wird zur weiteren Beratung an eine Arbeits-  
30 gruppe des Bezirksvorstandes überwiesen, die zeitnah  
31 ein Positionspapier erarbeiten soll.

32 **A-08**  
33 **SPDqueer Bezirk Hannover**  
34 **Der SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen:**  
35  
36  
37 **Ende der Diskriminierung Langzeitarbeitsloser im**  
38 **Mindestlohn**  
39 Die SPD fordert, dass der Mindestlohn auch für Lang-  
40 zeitarbeitslose gilt und diese nicht die ersten sechs  
41 Monate, nach Arbeitsaufnahme, vom Mindestlohn  
42 ausgeschlossen sind.

Annahme

## Bildungspolitik

43 **B-01**  
44 **SPD-Unterbezirk Schaumburg**  
45 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
46  
47  
48 **Frühkindliche Bildung**  
49 Die SPD wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

Annahme in geänderter Fassung

- 1 die frühkindliche Bildung bezahlbar und qualitativ  
2 ist. Dabei müssen die Kommunen, Gemeinden und  
3 Landkreise von Bund und Land verstärkt finanziell  
4 unterstützt werden bei ihrem Bemühen.  
5 Ziele müssen dabei sein:
- 6 • Schaffung von mehr schulischen und praktischen  
7 Ausbildungskapazitäten, wobei eine Ausbildungs-  
8 vergütung gezahlt werden soll, um die notwendi-  
9 gen pädagogischen Fachkräfte einstellen zu kön-  
10 nen
  - 11 • Entlastung der Kita-Leitungen bei den Verwal-  
12 tungsaufgaben
  - 13 • Gezielte Sprachförderung
  - 14 • Ein verbesserter Personalschlüssel in allen Berei-  
15 chen der frühkindlichen Bildung
  - 16 • Verbindliche Fortbildungsprogramme für alle in  
17 Einrichtungen vorschulischer Bildung Beschäftig-  
18 ten

19 **B-02**  
20 **SPD-Unterbezirk Schaumburg**

- 21  
22  
23 **Weiter auf dem Weg zur guten Schule**  
24 Die SPD in Niedersachsen wird aufgefordert, sich auf  
25 dem Weg zur guten Schule weiterhin für eine
- 26 • spürbare Senkung der Klassenfrequenzen in allen  
27 Schulformen
  - 28 • Lehramtsausbildung nach Schulstufen ohne finan-  
29 zielle Abstriche
  - 30 • Weitere Verbesserung der Ganztagsbetreuung an  
31 allen Schulen
  - 32 • Schulsozialarbeit als Landesaufgabe an allen Schul-  
33 formen
  - 34 • Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Bil-  
35 dung – nicht nur über Fördermaßnahmen und da-  
36 mit Aufweichung des Kooperationsverbotes
  - 37 • Verbesserung der Inklusion durch multiprofessio-  
38 nelle Teams und entsprechende Koordinationszeit
  - 39 • mittelfristig kostenfreie Schülerbeförderung auch  
40 für Sek 2- Schüler/innen
- 41 einzusetzen.

**Überweisung an SPD-Landtagsfraktion**

42 **B-03**  
43 **AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover**

- 44  
45  
46 **Werte und Normen ab der ersten Klasse**  
47 Folgender Paragraph des Niedersächsischen Schulge-  
48 setz soll wie folgt geändert werden:  
49 §128 (1) Satz 3: Die Schule hat den Unterricht „Werte und  
50 Normen“ als ordentliches Lehrfach vom 1. Schuljahr-  
51 gang an einzurichten, wenn mindestens sieben Schüle-  
52 rinnen oder Schüler zur Teilnahme verpflichtet sind.

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

- 1 **B-04**  
2 **SPD-Unterbezirk Hildesheim**  
3  
4  
5 **Für eine stabile und ausreichende Finanzierung**  
6 **des zweiten Bildungsweges**  
7 Der Bezirksparteitag fordert die SPD-geführte Lan-  
8 desregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich  
9 für eine stabile und ausreichende Finanzierung des  
10 zweiten Bildungsweges einzusetzen und den zweiten  
11 Bildungsweg damit zu stärken. Zu dieser Stärkung  
12 gehört auch, eine der Ausbildung der Beschäftig-  
13 ten angemessene Bezahlung sicherzustellen. Auch  
14 hierzu bedarf es eines stärkeren Engagements der  
15 Landespolitik.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

## Finanzpolitik

- 16 **F-01**  
17 **AfA SPD-Bezirk Hannover**  
18  
19  
20 **Finanztransaktionssteuer**  
21 Wir wollen und brauchen eine Finanztransaktions-  
22 steuer, damit die Verursacher der Finanzmarkt- und  
23 Wirtschaftskrise auch an den Kosten beteiligt werden  
24 und der Hochfrequenzhandel eingedämmt wird.  
25 ---  
26 Der Antrag wird zur weiteren Beratung an eine Arbeits-  
27 gruppe des Bezirksvorstandes überwiesen, die zeitnah  
28 ein Positionspapier erarbeiten soll.

Überweisung an den Bezirksvorstand

- 29 **F-02**  
30 **AfA SPD-Bezirk Hannover**  
31  
32  
33 **Schuldenbremse**  
34 Die SPD setzt sich für die Abschaffung der Schulden-  
35 bremsen ein, weil sie den Gestaltungsspielraum eines  
36 handlungsfähigen Staates einschränkt.  
37 ---  
38 Der Antrag wird zur weiteren Beratung an eine Arbeits-  
39 gruppe des Bezirksvorstandes überwiesen, die zeitnah  
40 ein Positionspapier erarbeiten soll.

Überweisung an den Bezirksvorstand

- 1 **F-03**  
 2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**  
 3  
 4  
 5 **Steuergerechtigkeit**  
 6 Die SPD hebt den Spitzensteuersatz auf mindestens  
 7 49 Prozent an und schafft die Abgeltungssteuer ab; im  
 8 Gegenzug werden für die unteren Einkommensklassen  
 9 wirksame Steuerentlastungen umgesetzt.  
 10 ---  
 11 Der Antrag wird zur weiteren Beratung an eine Arbeits-  
 12 gruppe des Bezirksvorstandes überwiesen, die zeitnah  
 13 ein Positionspapier erarbeiten soll.

Überweisung an den Bezirksvorstand

- 14 **F-04**  
 15 **SPD-Unterbezirk Diepholz**  
 16  
 17  
 18 **Wiedereinführung der Vermögensteuer**  
 19 Die ausgesetzte Vermögensteuer wird wieder einge-  
 20 setzt.  
 21 ---  
 22 Der Antrag wird zur weiteren Beratung an eine Arbeits-  
 23 gruppe des Bezirksvorstandes überwiesen, die zeitnah  
 24 ein Positionspapier erarbeiten soll.

Überweisung an den Bezirksvorstand

## Gesundheit und Soziales

- 25 **GS-02**  
 26 **SPD-Unterbezirk Diepholz**  
 27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 28  
 29  
 30 **Kostenfreiheit der Ausbildung in den therapeuti-**  
 31 **schon Berufen**  
 32 Anders als im dualen Bildungssystem ist die Ausbil-  
 33 dung in den therapeutischen Berufen (Physiotherapie,  
 34 Ergotherapie und Logopädie) in weiten Teilen schul-  
 35 geldpflichtig. Vergleichbares lässt sich für deren  
 36 Ausbildung an privaten Hochschulen feststellen. Die-  
 37 se Situation ist sowohl aus gesundheitspolitischer  
 38 als auch verfassungsrechtlicher Perspektive nicht zu  
 39 akzeptieren.  
 40 Die Ausbildung in den Therapieberufen ist eine gesell-  
 41 schaftliche Aufgabe, doch nur in wenigen Bundeslän-  
 42 dern übernimmt der Staat hier seine Aufgabe der Fi-  
 43 nanzierung wahr. Beispielhaft sei hier die Physiothera-  
 44 pie aufgeführt, welche nur in Bayern und Sachsen in den  
 45 öffentlichen Schulgesetzen aufgenommen ist. Der SPD-  
 46 Bezirk Hannover fordert zum Abbau finanzieller Bil-  
 47 dungsbarrieren und zur Sicherung des Fachkräftenach-  
 48 wuchses die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, die Kos-

Annahme

1 tenfreiheit der (hoch-)schulischen Ausbildung von The-  
2 rapeuten und Therapeutinnen zu gewährleisten, da-  
3 mit die Sicherung der therapeutischen Patientenversor-  
4 gung auch in Zukunft gewährleistet ist.

5 **GS-03**  
6 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**  
7 **Der SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen:**

8  
9

10 **Mehr kassenärztliche Zulassungen für Psychothe-**  
11 **rapeut\*innen**

12 Medizinische Unterversorgung ist teuer und un-  
13 menschlich, deswegen fordern wir, dass sich die  
14 Festlegung der Anzahl der Kassensitze von Psychothe-  
15 rapeuten am realen Bedarf orientiert.

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

16 **GS-04**  
17 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**

18  
19

20 **Lebensmittelampel einführen**

21 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich  
22 dafür einzusetzen, dass künftig auf allen in Deutsch-  
23 land verkäuflichen und verarbeiteten Lebensmitteln  
24 zusätzlich zu den bisher vorgeschriebenen Lebens-  
25 mittelkennzeichnungen eine Lebensmittelampel zu  
26 benutzen ist, welche sich u.a. auf die Inhaltsstoffe  
27 Zucker, Salz und Fett bezieht.

**Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion**

28 **GS-05**  
29 **SPD-Unterbezirk Celle**  
30 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

31  
32

33 **Defibrillatoren im öffentlichen Raum**

34 Wir fordern die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass  
35 in allen öffentlichen Gebäuden und Bahnhöfen De-  
36 fibrillatoren angebracht werden. Außerdem soll die  
37 Anbringung von Defibrillatoren im privaten Bereich,  
38 wie zum Beispiel in Geschäften oder Firmen, forciert  
39 und beworben werden und die Unternehmen dabei  
40 unterstützt werden und/oder finanzielle Anreize  
41 geschaffen werden.

**Annahme**

**Gesellschaft**

1 **Ge-01**  
 2 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**  
 3  
 4  
 5 **Wildtierhandel und Exotenhaltung sollen verbo-**  
 6 **ten werden**  
 7 Keine kommerziellen Importe von exotischen Wild-  
 8 fängen (egal ob mit oder ohne Schutzstatus) gem.  
 9 Erlass vom 27. Oktober 2005 für Wildvögel aufgrund der  
 10 Vogelgrippe.  
 11 TierSchG § 2 (1) 3.: „Wer ein Tier hält, betreut oder zu be-  
 12 treuen hat, muss über die für eine angemessene Ernäh-  
 13 rung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des  
 14 Tieres erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten verfü-  
 15 gen.“

Weiterleitung als Material an die SPD-  
 Bundestagsfraktion

16 **Ge-03**  
 17 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**  
 18 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 19  
 20  
 21 **Förderung tierversuchsfreier Medizin**  
 22 Tierversuchsfreie Medizin soll gefördert werden, Altern-  
 23 nativen zu Tierversuchen sollen verstärkte finanzielle  
 24 und ideelle Unterstützung und Förderung erhalten, es  
 25 soll deutlich mehr Förderpreise für tierversuchsfreie  
 26 Medizin geben.

Annahme

27 **Ge-04**  
 28 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**  
 29  
 30  
 31 **Haltungsvorschrift für Mastkaninchen**  
 32 Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung soll im  
 33 Abschnitt 2 um Haltungsvorschriften für so genannte  
 34 Mastkaninchen ergänzt werden.

Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

35 **Ge-05**  
 36 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**  
 37  
 38  
 39 **Artgerechte Haltung von Schweinen**  
 40 Forderung: Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung  
 41 soll im Hinblick auf Schweine im Abschnitt 5 un-  
 42 ter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten  
 43 Argumente geändert werden:  
 44 1. Den Tieren ist deshalb deutlich mehr Platz zu  
 45 gewähren, als dies von der jetzigen Verord-  
 46 nung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere

Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und  
 die Bundestagsfraktion

- 1 und anderer zur Erzeugung tierischer Produkte  
 2 gehaltener Tiere bei ihrer Haltung (Tierschutz-  
 3 Nutztierhaltungsverordnung – TierSchNutztV)  
 4 vorgesehen ist.
- 5 Die Unterbringung auf (Teil-) Spaltenböden wird  
 6 den Bedürfnissen der Schweine als Paarhufer in kei-  
 7 ner Weise gerecht, sondern dient allein ökonomi-  
 8 schen Vorteilen. Sie ist Ursache für Fundamentpro-  
 9 bleme und Klauenerkrankungen. Dies zeigt sich be-  
 10 sonders bei den „Abgangsursachen“ von Sauen.
- 11 2. Den Schweinen muss zumindest in Teilbereichen  
 12 weicher Untergrund zur Verfügung gestellt wer-  
 13 den. Der Geruchssinn der Schweine ist der Art ihrer  
 14 Nahrungssuche entsprechend sehr gut ausgebil-  
 15 det. Sie können feinste Unterschiede und gerings-  
 16 te olfaktorische Reize wahrnehmen, besser noch als  
 17 Hunde. Deshalb stellt die Haltung über den eige-  
 18 nen Exkrementen eine hohe Belastung dar. Schwe-  
 19 ine sind deshalb von Natur aus sehr reinlich und le-  
 20 gen ihre Kotplätze so an, dass sie durch sie nicht be-  
 21 einträchtigt werden.
- 22 3. Schweine müssen so gehalten werden, dass sie Kot-  
 23 und Ruhebereiche voneinander trennen können  
 24 (was bei den gesetzlich erlaubten, praxisüblichen  
 25 Ställen nicht möglich ist). Optimal ist die Freiland-  
 26 haltung. Die intensive Auslaufhaltung mit leicht  
 27 eingestreutem Stallquartier und Zugang zu einem  
 28 gut eingestreuten Außenbereich (System Neuland)  
 29 ist ein akzeptierbarer Kompromiss.
- 30 Schweine sind allein schon wegen ihres ausgepräg-  
 31 ten, mit der Nahrungsaufnahme assoziierten Such-  
 32 und Erkundungsverhaltens außerordentlich aktiv.  
 33 In der Natur halten die Tiere beim Fressen zwei  
 34 bis drei Meter Abstand zueinander ein, weil es  
 35 sonst aus Futterneid zu Rangeleien kommt. Gehal-  
 36 tene Schweine werden deshalb mittels Blenden im  
 37 Fressstand relativ ruhig gehalten. Mit der Abruffüt-  
 38 terung soll der Futterneid durch Vereinzelung ohne  
 39 Rücksichtnahme auf das arttypische gemeinsame  
 40 Fressen ausgeschaltet werden.
- 41 4. Bei der Verwendung von Abruffutterautomaten  
 42 sollten zumindest mehrere Stationen im Abstand  
 43 von ca. drei Metern zueinander aufgestellt werden.  
 44 Auch das Nestbauverhalten der Sauen ist mit ho-  
 45 her Aktivität verbunden und führt mangels ausrei-  
 46 chender Gelegenheit zum Ausleben zu Verhaltens-  
 47 stereotypen (z. B. Stangenwetzen). Außer dem Feh-  
 48 len von Nestbaumaterial wird natürliches Verhal-  
 49 ten durch die euphemistisch als „Ferkelschutzkör-  
 50 be“ bezeichneten Abferkelstände verhindert. Gera-  
 51 dezu paradox ist, dass auch die in diesen Vorrich-  
 52 tungen fixierten Tiere als „ferkelführende“ Sauen  
 53 bezeichnet werden.
- 54 5. Sauen brauchen in den Abferkelbuchten freie  
 55 Bewegungsmöglichkeit durch einen ausreichend  
 56 großen Bereich, in dem sie ihr Nest anlegen können.  
 57 Deshalb brauchen auch Sauen Stroh. Aufgehängte  
 58 Jutesäcke sind kein geeignetes Material. Die Abfer-

1 kelbuchten sind entsprechend zu gestalten, damit  
2 die Sau auch hier in Kotbereich und Ruhezone  
3 trennen kann. Ferkelnester, die mit Lampen oder  
4 Fußbodenheizungen ausgestattet sind, erübrigen  
5 sich dann.  
6 Besonders problematisch ist die Haltung der Zucht-  
7 gruppen, wenn „Umrauscher“ hinzukommen, weil  
8 durch sie die stabile Rangordnung erschüttert wird.  
9 Die Haltung in Kastenständen dient nicht dem Tier-  
10 wohl, sondern ausschließlich der Vermeidung öko-  
11 nomischer Verluste durch Umrauschen.  
12 6. Umrauscher dürfen nicht in bestehende Sauen-  
13 gruppen gelassen, sondern müssen gesondert ge-  
14 halten werden.

15 **Ge-06**  
16 **AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover**  
17  
18  
19 **Ablösung von Staatsleistungen an die Religionsge-**  
20 **sellschaften**  
21 Der SPD-Bezirk Hannover wird aufgefordert, sich dafür  
22 einzusetzen, dass von den zuständigen Stellen geprüft  
23 wird, wie die Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder  
24 anderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an  
25 die Religionsgemeinschaften zeitnah erfolgen kann.

Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

26 **Ge-07**  
27 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**  
28 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
29  
30  
31 **Pelz auch als solchen einfach erkennbar kennzeichnen**  
32 **und bei den Hersteller entsprechende Kontrollen**  
33 **durchführen**  
34 Die Kennzeichnung, dass tierisches Material für das  
35 Kleidungsstück verwendet wurde, muss gut sichtbar  
36 und deutlich von den übrigen Hinweisen auf dem  
37 Etikett abgehoben sein. Ferner müssen die entspre-  
38 chenden Stellen viel häufiger und energischer die  
39 Umsetzung dieser Hinweispflicht verfolgen.

Annahme

40 **Ge-09**  
41 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**  
42  
43  
44 **Kinderfreundliche Infrastruktur jenseits von Ge-**  
45 **schlechterstereotypen**  
46 Wir fordern die geschlechterstereotype Beschilderun-  
47 gen im öffentlichen Raum zu beseitigen. Als Beispiel  
48 und Anlass sind hier Beschilderungen wie „Mutter-  
49 Kind-Parkplatz“ auf öffentlichen Park-Anlagen zu  
50 sehen. Die Kommunen sollen aber auch aufgefordert

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion



1 werden, Gewerbetreibende zu ähnlichen Umbeschilde-  
2 rungen anzuregen, ggf. durch finanzielle Förderung.  
3 Darüber hinaus sollen Geschlechterstereotype aus der  
4 StVO entfernt werden, wie im Verkehrszeichen 239  
5 „Gehweg“ (Vorschriftszeichen nach Anlage 2 zu §41  
6 StVO).

7 **Ge-10**  
8 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**  
9  
10  
11 **Einführung eines zusätzlichen gesetzlichen Feier-**  
12 **tages für Niedersachsen**  
13 Wir setzen uns dafür ein, dass ein zusätzlicher gesetzli-  
14 cher Feiertag für Niedersachsen eingeführt wird. Dieser  
15 soll sich inhaltlich an den Themen Frieden, Befreiung  
16 Deutschlands vom Faschismus und dem europäischen  
17 Gedanken orientieren.

Annahme in der geänderten Fassung der Antragsteller

18 **Ge-11**  
19 **SPD-Unterbezirk Region Hannover**  
20  
21  
22 **Gebührenfreier Kirchenaustritt**  
23 Die landesrechtlichen Regelungen für die Erhebung  
24 einer Kirchenaustrittsgebühr sind zu ändern. Den  
25 Kommunen wird empfohlen auf die Erhebung dieser  
26 Gebühren zu verzichten.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

## Organisationsfragen

27 **O-01**  
28 **SPD-Unterbezirk Hildesheim**  
29  
30  
31 **Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awa-**  
32 **reness für die SPD, bitte!**  
33 Die thematisch zusammenhängenden Anträge **O-01**,  
34 **Ini-02** und **Ini-03** werden an den Bezirksvorstand  
35 überwiesen.  
36 --  
37 Der Bezirksvorstand wird gemeinsam mit den Jusos und  
38 der AsF einen Vorschlag erarbeiten, der Empfehlungen  
39 für das weitere Vorgehen beinhaltet. Dieser Vorschlag  
40 wird dem Bezirksbeirat zur Diskussion und Entschei-  
41 dung vorgelegt. Dieser Vorschlag soll geeignete Funda-  
42 mente enthalten, um das Thema in der Partei zu im-  
43 plementieren, z.B. Änderungen der Geschäftsordnung,  
44 Satzungsänderungen, ein Awareness-Konzept, Frauen-  
45 förderpläne, usw.

Begleitbeschluss

**Rechts- und Innenpolitik**

- 1 **R-01**  
 2 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**  
 3  
 4  
 5 **Aufstockung des polizeilichen Personals zur ver-**  
 6 **stärkten Überwachung des fließenden Verkehrs**  
 7 Die besten Verkehrsge- und -verbote, um den Straßen-  
 8 verkehr möglichst gefahrarm und sicher zu gestalten,  
 9 nützen wenig, wenn zu wenige Polizist\*innen vorhan-  
 10 den sind, um regelmäßige Kontrollen durchzuführen  
 11 und die Verkehrsteilnehmer\*innen so auf Fehlver-  
 12 halten hinzuweisen. Bestimmte Kontrollen müssen  
 13 häufig durchgeführt werden, um die Menschen auf  
 14 Fehlverhalten hinzuweisen und so zu einer Verhaltens-  
 15 änderung beizutragen. Dazu gehören beispielsweise  
 16 Kontrollen bzgl. der zulässigen Höchstgeschwindigkeit  
 17 und der Handynutzung während des Autofahrens.  
 18 Auch Lastkraftwagen bzw. deren Fahrer\*innen müssen  
 19 stärker im Hinblick auf Ladungssicherheit und Lenk-  
 20 und Ruhezeiten der Fahrenden kontrolliert werden. Im-  
 21 mer wieder geschehen Unfälle durch übermüdete Lkw-  
 22 FahrerInnen, bei denen dann oft die Insassen der weite-  
 23 ren unfallbeteiligten Personenkraftwagen zu Schaden  
 24 kommen. Hierbei ist aber zusätzlich zu berücksichtigen,  
 25 dass an den großen Verkehrsadern des Güterverkehrs  
 26 eine entsprechende und angemessene Anzahl von Lkw-  
 27 Parkplätzen zu Verfügung steht.  
 28 Um diesen Anforderungen zusätzlich zum übrigen Po-  
 29 lizeidienst gerecht zu werden, müssen mehr Polizis-  
 30 tInnen eingestellt werden. Entsprechende Mittel sind  
 31 daher im niedersächsischen Landeshaushalt bzw. Bun-  
 32 deshaushalt bereitzustellen. Notfalls muss bei dieser,  
 33 durchaus länderübergreifenden Aufgabe, der Bund an  
 34 der Finanzierung beteiligt werden. Entsprechende Mög-  
 35 lichkeiten sind zu prüfen.  
 36 Nur intensivere Kontrollen lassen sich bzgl. der oben  
 37 aufgeführten Gefährdungen nachhaltige Verhaltens-  
 38 änderungen bei der Verkehrsteilnehmenden erreichen.

**Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und  
 die Bundestagsfraktion**

**Umweltpolitik**

- 39 **U-01**  
 40 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**  
 41  
 42  
 43 **Altlastensanierungsfonds schaffen**  
 44 Es müssen nicht nur Mittel für die erforderlichen  
 45 Untersuchungen aus Altlasten ehemaliger Öl- und  
 46 Bohrschlammgruben bereit gestellt werden, sondern  
 47 auch die Sanierungskosten übernommen werden,  
 48 wenn der Verursacher der Bodenverunreinigung nicht

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

- 1 mehr ermittelt oder aus anderen Gründen nicht her-
- 2 angezogen werden kann. Dazu ist ein entsprechender
- 3 Altlastensanierungsfonds einzurichten.

---

## Wirtschaftspolitik

- 4 **W-01**
- 5 **SPD-Unterbezirk Schaumburg**
- 6
- 7
- 8 **Trassenneubau ablehnen – Engpassbeseitigung**
- 9 **realisieren**
- 10 Der SPD-Bezirk Hannover lehnt den trassenfernen
- 11 Neubau der Bahnstrecke Bielefeld – Hannover ab.
- 12 Die Engpassbeseitigung auf der Bahnstrecke Han-
- 13 nover – Bielefeld – Dortmund ist durch den Ausbau
- 14 der Bestandsstrecke zwischen Haste und Löhne zu
- 15 realisieren.

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

- 
- 16 **W-02**
  - 17 **SPD-Unterbezirk Region Hannover**
  - 18 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
  - 19
  - 20
  - 21 **Technologischen Wandel sozial gestalten**
  - 22 Die weltweiten Entwicklungen in modernen Technolo-
  - 23 gien einschließlich der Digitalisierung und die damit
  - 24 verbundenen Veränderungen in der Arbeitswelt, die
  - 25 auch zum Abbau von Arbeitsplätzen und Verschlech-
  - 26 terungen der Arbeitsbedingungen führen können,
  - 27 haben zu massiven Verunsicherungen und Ängsten
  - 28 der betreffenden Menschen auch in Deutschland ge-
  - 29 führt. So werden z.B. in ganzen Landstrichen durch die
  - 30 Entwicklung zur durchaus sinnvollen Elektromobilität
  - 31 viele Arbeitsplätze in der heutigen Form hinfällig.
  - 32 Neue qualifizierte Arbeitsplätze erfordern ständige
  - 33 Umschulung.
  - 34 In Niedersachsen verändert die Neuausrichtung des
  - 35 VW-Konzerns die gesamte Produktionsstruktur des
  - 36 Werkes und der Zuliefererindustrie.
  - 37 Diesen Prozess, der in den nächsten Jahrzehnten die
  - 38 gesamte Ökonomie und die Lebensverhältnisse verän-
  - 39 dern wird, muss man sozial gestalten wollen, so dass
  - 40 die Kraft aller Menschen in die produktive Gestaltung
  - 41 und nicht in Protestreaktionen fließt, die durch politi-
  - 42 sche Scharlatane ausgenutzt werden.
  - 43 Die SPD ist aufgerufen, sich dieser realen Sorgen der
  - 44 Menschen anzunehmen und glaubwürdige Lösungen
  - 45 und Aktivitäten anzubieten.
  - 46 1. Die SPD ist Vertreterin der Interessen der Arbeiten-
  - 47 den und Arbeitsuchenden Menschen und setzt sich
  - 48 für die existentiellen Probleme aller Bürgerinnen
  - 49 und Bürger ein, auch wenn sie noch nicht erwerbs-

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

- 1 tätig oder es nicht mehr sind.
- 2 2. Die SPD unterstützt die Gewerkschaften in ihrem  
3 Kampf für gerechte und zukunftsweisende Arbeits-  
4 bedingungen und begleitet sie durch politische Ent-  
5 scheidungen, sofern dies notwendig ist (Mindest-  
6 lohn, Renten- und Krankenversicherungen, Arbeits-  
7 zeitregelungen, Renten u.ä.).
- 8 3. Die SPD achtet darauf, dass sich die Entwicklung  
9 moderner technologiebasierter Arbeitsplätze unter  
10 der Perspektive guter und sicherer Arbeit vollzieht  
11 und nicht nur unter profitmaximierender Perspek-  
12 tive geschieht.
- 13 4. Die SPD achtet bei der Entwicklung und Förderung  
14 technologischer Neuerungen in der Arbeitswelt auf  
15 flexible und menschengerechte, einschließlich ge-  
16 schlechtergerechter Bedingungen wie Arbeitszei-  
17 ten, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkei-  
18 ten, etc..  
19 Das gilt insbesondere bei den anstehenden Verän-  
20 derungen bei der Elektromobilität, der Automati-  
21 sierung der Produktionsabläufe und digitalisierter  
22 Arbeit (Industrie 4.0).
- 23 5. Die SPD achtet bei der weiteren Internationalisie-  
24 rung des Freihandels und Globalisierungsfolgen auf  
25 die Interessen der Arbeitenden und der Umwelt.
- 26 6. Die SPD setzt sich für Weiterbildung und Neuquali-  
27 fizierung ein, um bei Abbau, Wegfall oder Verlage-  
28 rung von Arbeitsplätzen ins Ausland (EU oder Nicht-  
29 EU- Länder) den arbeitenden eine reale Perspektive  
30 für ein weiteres Arbeitsleben zu eröffnen.
- 31 7. Die SPD dringt darauf, dass die gesetzlichen Rah-  
32 menbedingungen, die Diskriminierung am Arbeits-  
33 platz aufgrund von Geschlecht, Alter, Herkunft oder  
34 Behinderung verbieten, auch tatsächlich durchge-  
35 setzt werden.
- 36 8. Die SPD nimmt Einfluss auf die Richtung und  
37 Qualität der Entwicklung durch angemessene  
38 Forschungs- und Technologieförderung.

- 39 **W-03**  
40 **AfA SPD-Bezirk Hannover**  
41 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
42  
43  
44 **Öffentliche länderbezogene Berichterstattung (pu-**  
45 **blic country by country reporting)**  
46 Wir fordern eine globale, umfassende, vergleichbare,  
47 öffentliche länderbezogene Rechnungslegung der  
48 Unternehmen in allen Ländern. Auf diese Weise  
49 sichtbar gemacht werden, welche Gewinne Konzerne  
50 in den Ländern erwirtschaften und wie viel Steuern sie  
51 zahlen.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 **W-04**

2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

3 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

4

5

6 **Daseinsvorsorge – keine Privatisierung der Auto-**  
7 **bahnen**

8 Die SPD verhindert die Privatisierung der Autobahnen  
9 – einschließlich Neubau und Betrieb.

10 Die SPD lehnt die Privatisierung der Autobahnen in je-  
11 der Form ab und fordert deshalb Bundestag und -rat  
12 auf, eine Privatisierung bzw. eine Überführung der Au-  
13 tobahnen in eine private Rechtsform zu verhindern und  
14 damit der Aufgabe der Daseinsvorsorge eines hand-  
15 lungsfähigen Staates nachzukommen.

16 Die Gründung der Infrastrukturgesellschaft darf nicht  
17 für die Privatisierung der Autobahnen – einschließlich  
18 Neubau und Betrieb – genutzt werden.

**Annahme**

---

19 **W-05**

20 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

21 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

22

23

24 **Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)**

25 Die SPD setzt sich für einen starken, handlungsfähigen  
26 Staat ein, der seinen Verpflichtungen gegenüber der  
27 Daseinsvorsorge nachkommt. Die Finanzierung von  
28 öffentlicher Infrastruktur soll vorrangig auch rein öf-  
29 fentlich erfolgen. Dort, wo privates Kapital zum Tragen  
30 kommt, muss sichergestellt sein, dass die Vertrags-  
31 bedingungen vollständig veröffentlicht werden, der  
32 öffentliche Aufgabenträger jederzeit allein entschei-  
33 dungsfähig bleibt und zudem die Wirtschaftlichkeit  
34 der Maßnahme nicht nur kurz-, sondern langfristige  
35 gewährleistet bleibt – nur unter diesen Bedingungen  
36 können ÖPPs möglich sein.

37 **Hinweis:**

38 Die pauschale Ablehnung jedweder ÖPPs greift zu  
39 kurz. Beispielsweise können so genannte Investoren-  
40 Modelle, d.h. der Bau aus privater Hand und an-  
41 schließend vollständige Übernahme in öffentliche  
42 Hand, nützlich sein. Kritisch sind hingegen vor al-  
43 lem Sale-and-Lease-Back-Modelle oder vergleichbare  
44 Mietmodelle.

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

- 1 **W-06**  
 2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5  
 6 **Aufgaben aus der kommenden E-Mobilität auf kommunaler Ebene**  
 7  
 8 Um die E-Mobilität zu fördern – und das ist nicht nur ein  
 9 Umwelt-, sondern durch die bestehende Gesetzgebung  
 10 auch ein industriepolitisches Ziel – müssen gerade in  
 11 den dichtbesiedelten Gebieten kurzfristig und jeweils  
 12 nachfrageorientiert Parkplätze mit Ladesäulen nur für  
 13 E-Fahrzeuge geschaffen werden. Dabei muss sichergestellt  
 14 werden, dass dort andere Fahrzeuge nicht stehen  
 15 dürfen.  
 16 Die SPD soll vorantreiben, ggf. im Land und im Bund, die  
 17 notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten zu schaffen,  
 18 damit Kommunen diese Plätze anbieten. Und sie soll die  
 19 Kommunen dabei unterstützen, das auch zu tun.

Annahme

## Initiativanträge

- 20 **ini-01**  
 21 **SPD-Unterbezirk Hildesheim**  
 22  
 23  
 24 **Bafög-Zahlungen verlängern – Studienabschluss nicht gefährden**  
 25  
 26 Die finanzielle Situation von Studierenden ist in vielen  
 27 Fällen trotz Bafög prekär.  
 28 Laut Statistischem Bundesamt schließt weniger als die  
 29 Hälfte aller Studenten in Deutschland das Studium in  
 30 der Regelstudienzeit ab.  
 31 Im Normalfall enden die Bafög-Zahlen mit dem Ende  
 32 der Regelstudienzeit.  
 33 Der Bezirksparteitag fordert daher die SPD-Regierung  
 34 im Bund sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für  
 35 Verlängerung der Bafög-Zahlungen auch über die Regelstudienzeit hinaus einzusetzen. Ein geeignetes Maß liegt bei drei Semestern.  
 36  
 37

Überweisung an die SPD-Delegation zum Bundesparteitag

- 38 **ini-02**  
 39 **Jusos Bezirk Hannover**  
 40  
 41  
 42 **Gelebter Feminismus – auch auf Parteitag**  
 43 Die thematisch zusammenhängenden Anträge **O-01**,  
 44 **Ini-02** und **Ini-03** werden an den Bezirksvorstand  
 45 überwiesen.  
 46 – –  
 47 Der Bezirksvorstand wird gemeinsam mit den Jusos und  
 48 der AsF einen Vorschlag erarbeiten, der Empfehlungen

Begleitbeschluss

1 für das weitere Vorgehen beinhaltet. Dieser Vorschlag  
2 wird dem Bezirksbeirat zur Diskussion und Entschei-  
3 dung vorgelegt. Dieser Vorschlag soll geeignete Funda-  
4 mente enthalten, um das Thema in der Partei zu im-  
5 plementieren, z.B. Änderungen der Geschäftsordnung,  
6 Satzungsänderungen, ein Awareness-Konzept, Frauen-  
7 förderpläne, usw.

8 **ini-03**  
9 **Jusos Bezirk Hannover**

10  
11

12 **Gelebter Feminismus**

13 Die thematisch zusammenhängenden Anträge **O-01**,  
14 **Ini-02** und **Ini-03** werden an den Bezirksvorstand  
15 überwiesen.

16 --

17 Der Bezirksvorstand wird gemeinsam mit den Jusos und  
18 der AsF einen Vorschlag erarbeiten, der Empfehlungen  
19 für das weitere Vorgehen beinhaltet. Dieser Vorschlag  
20 wird dem Bezirksbeirat zur Diskussion und Entschei-  
21 dung vorgelegt. Dieser Vorschlag soll geeignete Funda-  
22 mente enthalten, um das Thema in der Partei zu im-  
23 plementieren, z.B. Änderungen der Geschäftsordnung,  
24 Satzungsänderungen, ein Awareness-Konzept, Frauen-  
25 förderpläne, usw.

**Begleitbeschluss**

26 **ini-06**  
27 **Jusos Bezirk Hannover**

28  
29

30 **ZITiS in die Schranken weisen**

31 Überweisung des Themas an den Bezirksvorstand, um  
32 im Bezirksbeirat eine Veranstaltung dazu durchzuführen.  
33

34 --

35 Die „Zentrale Stelle für Informationstechnik im Si-  
36 cherheitsbereich“ (ZITiS) wurde mit der Maßgabe ins  
37 Leben gerufen, Überwachungstechniken für digitale  
38 Dienste und Messenger-Programme zu entwickeln. Als  
39 dienstleistende Schnittstelle zwischen Sicherheitsbe-  
40 hörden, Verfassungsschutz und der Bundeswehr soll sie  
41 dabei den neuen Anforderungen der inneren Sicher-  
42 heit im Zeitalter der Digitalisierung gewachsen sein.  
43 Die Bundesregierung rechtfertigt die Gründung die-  
44 ser neuen Bundesbehörde damit, dass durch die seri-  
45 enmäßigen Verschlüsselungssysteme, z.B. bei Whats-  
46 App oder Apple-Produkten, staatliche Abhör- und Über-  
47 wachungsmaßnahmen ins Leere laufen. Diese Zentra-  
48 le Stelle soll folglich also nicht selbst abhören, son-  
49 dern lediglich die erforderliche Technik dafür entwi-  
50 ckeln und den staatlichen Sicherheitsbehörden zur Ver-  
51 fügung stellen. Dadurch müssen besagte staatliche  
52 Stellen nicht „jede für sich“ an geeigneten Techniken  
53 forschen und können auf die Entwicklungen und Ergeb-

**Überweisung an den Bezirksvorstand**

1 nisse der ZITiS zurückgreifen.  
2 Wie jedoch bereits viele Quellen übereinstimmend wie-  
3 dergeben, ist die geplante Strategie der ZITiS, beste-  
4 hende Sicherheitslücken aufzukaufen und sie bestehen  
5 zu lassen, damit sie entsprechend ausgenutzt werden  
6 können durch staatliche Stellen. In der Vergangenheit  
7 war es übliche Praxis, dass User\*innen entdeckte Sicher-  
8 heitslücken den zuständigen Unternehmen gemeldet  
9 haben, um sie schließen zu lassen und den Datenschutz  
10 im Allgemeinen zu verbessern. Dadurch wurden gemel-  
11 dete Sicherheitslücken durch Sachleistungen von Sei-  
12 ten der Unternehmen entlohnt. Der\*die User\*in wird  
13 sich nun natürlich – einer kapitalistischen Logik ent-  
14 sprechend – eher dazu entschließen, die gefundenen Si-  
15 cherheitslücken für hohe Geldsummen an die ZITiS zu  
16 verkaufen, die die nötigen finanziellen Mittel vom Bun-  
17 desministerium des Innern zur Verfügung gestellt be-  
18 kommt.  
19 Mit dieser Vorgehensweise eröffnen sich mehrere Pro-  
20 bleme. Zum einen lässt sich keine rechtliche Grundla-  
21 ge für das Verwenden von sogenannten Staatstrojan-  
22 ern entdecken und, damit einhergehend, fehlt es dann  
23 auch an der gesetzlichen Legitimation und Möglichkeit  
24 der Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht.  
25 Zum anderen besteht dadurch auch immer das Risiko,  
26 dass offen gelassene Sicherheitslücken von Dritten ent-  
27 deckt werden und etwa ausländische Geheimdienste  
28 oder die Organisierte Kriminalität sich diese zu eigen  
29 machen. In diesem Sinne ist die neuerdings eingeführ-  
30 te Behörde verfassungsrechtlich sehr bedenklich, da sie  
31 die Integrität und das Vertrauen in digitale Kommuni-  
32 kation und Dienste untergräbt, indem sie Datenhehle-  
33 rei betreibt. Wir sollten vielmehr eine öffentliche De-  
34 batte darüber führen, dass Steuergelder aufgewendet  
35 werden, um Sicherheitslücken zu kaufen, Computer zu  
36 hacken, Verschlüsselungen unsicherer zu machen. Ele-  
37 mentare Grundsätze des Datenschutzes werden damit  
38 billigend vom Staat missachtet. und damit elementa-  
39 re Grundsätze des Datenschutzes billigend missachtet  
40 werden.  
41 Mit Erschrecken müssen wir also dabei zusehen, wie  
42 Massenüberwachung und digitale Überwachungsinfra-  
43 struktur massiv ausgebaut wird und Grundrechte zu-  
44 nehmend beschnitten werden. Aus diesem Grund for-  
45 dern wir, den Aufgabenbereich der ZITiS umzustruktu-  
46 rieren:

- 47 • Sie soll eine finanziell solide ausgestattete Krypto-  
48 politik vorantreiben, die die gesamte Thematik der  
49 Verschlüsselungstechnik öffentlich aufbereitet und  
50 für jede\*n einfach verständlich zugänglich macht.
- 51 • Sie soll maßgeblich an einer Digital Agenda 2030  
52 mitwirken, um die Bundesrepublik auf die Heraus-  
53 forderungen der Digitalisierung vorzubereiten.
- 54 • Sie soll zu einer dienstleistenden Schnittstelle  
55 werden, die IT-Sicherheitsprodukte erforscht und  
56 entwickelt, sowie eine finanzielle und personelle  
57 Unterstützung bestehender Datenschutzbehörden  
58 gewährleistet.



- 1 • Sie soll eine öffentliche Kampagne starten, die in
- 2 ihrer Botschaft die Notwendigkeit einer Charta der
- 3 Digitalen Grundrechte verkörpert und Deutschland
- 4 dazu antreibt, sich dafür auf europäischer Ebene
- 5 verpflichtend einzubringen.
- 6 • Ihr wird untersagt, Geld zu investieren, um Sicher-
- 7 heitslücken zu kaufen, Computer zu hacken sowie
- 8 Verschlüsselungen unsicherer zu machen.